

Politikern auf den Zahn gefühlt

Parlamentarischer Abend „Politisches Oktoberfest“ der KZVB

„Politisches Oktoberfest“ war Motto des Parlamentarischen Abends der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) am 23. September – fünf Tage vor der Landtagswahl – im Münchner Zahnärztheaus. Die Politprominenz wurde nicht aufs Podium gehoben. Stattdessen hatte die KZVB eine ungewöhnliche Veranstaltungsform gewählt: Politiker, Landespolitiker (darunter KZV-Vorsitzende aus ganz Deutschland) und Gäste verteilten sich an die Tische. Moderator Nikolaus Nützel vom Bayerischen Rundfunk bot allen im Saal die Möglichkeit, ein Statement abzugeben.

„Ein Mann, der eine ganze Masse gezahlt an seine Krankenkasse“ benötigt eines Tages eine Leistung, doch seine Kasse sieht das anders: „Nach Paragrafennummer X bekomme er vorerst noch nix (...). Hingegen heißt's, nach Ziffer A, dass er vermutlich übersah, dass alle Kassen, selbst in Nöten, den Beitrag leider stark erhöhten...“. Diese Zeilen stammen aus einem Gedicht von Eugen Roth, mit dem der KZVB-Vorsitzende Dr. Janusz Rat die Gäste beim Parlamentarischen Abend begrüßte. Angesichts des bevorstehenden Gesundheitsfonds wurde deutlich, dass Roths Beobachtungen aus dem Jahr 1935 heute aktueller denn je sind. Doch warum müssen die Versicherten mehr bezahlen,

während künftig weniger Geld für die medizinische Versorgung in Bayern zur Verfügung steht? Dass dies die Konsequenz des Gesundheitsfonds sein wird – darin waren sich alle anwesenden Politiker und Landespolitiker beim Politischen Oktoberfest der KZVB einig. Trotzdem hat die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten veranlasst, dass der Fonds im Gesetz steht.

Schlaflos in Berlin – nicht in München

„Vor meinem Urlaub hieß es seitens der Staatsregierung: ‚Der Gesundheitsfonds kann nur kommen, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind.‘ Jetzt ist in den Zeitungen zu lesen, dass sich Bayern nicht mehr querstellen wird. Sind denn aus bayerischer Sicht nun alle Kriterien erfüllt?“ Mit dieser Frage – gerichtet an Bayerns Sozialministerin Christa Stewens (CSU) – eröffnete Nützel die Diskussion. Stewens entgegnete, immerhin werde das Honorarvolumen der Haus- und Fachärzte nun doch nicht abgesenkt, sodass es noch Spielräume für Strukturverträge gebe. Sie räumte jedoch ein: „Wenn ich in Berlin Verantwortung trüge, hätte ich schlaflose Nächte.“ Weder zur Konvergenzklauseel noch zum morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) lägen die Zahlen auf dem Tisch. Dabei würden ab 2009 rund 155 Millionen Euro umverteilt. „Da wäre mir Angst und Bange“, sagte die Ministerin.

Keine Alpen an der Ostsee

Dr. Konrad Schily (FDP), Mitglied des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag, plädierte für mehr Freiheit und mehr Vielfalt: „Mit Staatsmedizin hätten wir das Leistungsniveau in der Zahnheilkunde nie erreicht.“ Denjenigen, die den Fonds verantworten, fehle das Vertrauen in die freien Berufe. 70 Millionen Versicherte seien nun mal nicht in 80 Krankheiten zu unterteilen, spielte der Bundestagsabgeordnete auf den Morbi-RSA an. Auch ignoriere die Gesundheitspolitik regionale Unterschiede – etwa zwischen München und Rostock. „Man kann die Alpen nicht an die Ostsee transportieren“, veranschaulichte Schily die Absurdität der Gleichmacherei.



Fotos: KZVB

Nachgebohrt: Moderator Nikolaus Nützel mit Ministerin Christa Stewens und dem KZVB-Vorsitzenden Dr. Janusz Rat während des Parlamentarischen Abends der KZVB



Wiesn-Stimmung zum Wahlkampf-Endspurt im Zahnärztehaus: KZVB-Referent Dr. Michael Gleau mit dem Präsidenten des Verbandes Freier Berufe in Bayern e.V. und FDP-Landtagskandidaten Dr. Wolfgang Heubisch

Mit dem Gesundheitsfonds werde Geld verbraten, das stattdessen in die medizinische Versorgung und in die Gehälter der Beschäftigten im Gesundheitswesen gesteckt werden müsste, meinte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kathrin Sonnenholzner. Deshalb befürwortete sie eine „virtuelle Erprobung des Gesundheitsfonds“.

Der gesundheitspolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Dr. Thomas Zimmermann, bezeichnete den Gesundheitsfonds sogar als „absoluten Quatsch“. Im bayerischen Landtag sei man sich in der Ablehnung einig.

Die Kritik am Gesundheitsfonds von Vertretern derjenigen Parteien, die in Berlin die große Koalition bilden, stieß auf Kontra: „Wollen Sie etwa sagen: In Berlin, die Preußen, die haben uns hier besiegt?“, fragte Schily die bayerischen Landespolitiker. Und Dr. Wolfgang Eßer, stellvertretender Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), konstatierte: „Man hat das Haus, in dem sich das Gesundheitssystem befindet, angezündet und weiß noch nicht, wohin man umziehen soll.“ Joachim Unterländer, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, verteidigte seine Partei: Der Gesundheitsfonds sei nun mal Gesetz, und im Übrigen habe Ministerin Stewens entschieden gegen den Fonds gekämpft.

Ein Markt von Lösungen

Doch Eßer fasste neben dem Fonds noch ein weiteres heißes Eisen an: Die Zahnmedizin sei der einzige Bereich im Gesundheitswesen, der noch budgetiert ist. Stewens entgegnete, man müsse hier immer wieder Vorstöße in Berlin machen, denn es

sei wichtig, dass alle niedergelassenen Ärzte gleich behandelt werden. Sonnenholzner bezweifelte, dass die Budgets in allen Bereichen kurzfristig aufgehoben werden. „Dazu sind die Finanzmittel nicht da.“

Weitere Themen des Abends waren die Zukunft der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KZVen), die elektronische Gesundheitskarte und der Basisstarif. An den KZVen wollten die Politiker nicht rütteln. Einzig Schily würde sie zwar erhalten, jedoch nicht als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Eher verhalten äußerte sich Stewens zur elektronischen Gesundheitskarte, einst ein Lieblingsprojekt der Ministerin. Bislang sei noch keine Karte online getestet, von daher halte sie es für falsch, 2009 eine Karte herauszugeben, die als elektronische Gesundheitskarte auch online genutzt werden kann. Dr. Günther E. Buchholz, neben Eßer stellvertretender KZBV-Vorsitzender, ergänzte: „Wir halten die Karte für ungeeignet, unsere Probleme zu lösen. Möglicherweise startet 2010 eine Online-Phase mit ungetesteten Elementen. Das ist der falsche Weg.“ Den Basisstarif bewertete das Gros der aktiven Diskussionsteilnehmer als Instrument zur Angleichung der privaten an die gesetzliche Krankenversicherung. Positiv schien das allein Sonnenholzner zu sehen: Der Basisstarif ist in ihren Augen Teil der sogenannten Bürgerversicherung. Und diese Einheitsversicherung ist nach wie vor erklärtes Ziel der Sozialdemokraten – in Berlin ebenso wie in München. Im Gegensatz dazu stand die Äußerung Schilys: „Gesundheit ist nicht marktfähig, aber ich kann einen Markt von Lösungen zulassen.“

Julika Sandt



„Wollen Sie etwa sagen: In Berlin, die Preußen, die haben uns hier besiegt?“, fragte Dr. Konrad Schily die bayerischen Landespolitiker mit Blick auf die Einführung des Gesundheitsfonds.